

Kurzprotokoll der Sitzung des Planungsausschusses vom 15.01.2019

Beginn: 19:33 Uhr

Ende: 22:05 Uhr

Ort: Großer Sitzungssaal Rathaus

Sitzungsleiter: Dietmar Gruchmann

Anwesend: Rudi Naisar, Jochen Karl, Götz Braun, Bastian Dombret, Christian Furchtsam, Kerstin Tschuck, Albert Biersack, Florian Baierl, Harald Grünwald, Werner Landmann, Hans-Peter Adolf, Alfons Kraft, Josef Euringer.
Verwaltung: Herr Zettl, Herr Marquart, Herr Sturm, Herr Meinhardt
Zuschauer: Acht

TOP 11 wird vorgezogen.

TOP 1: Bürgerhaus Garching - Verkleinerung Restaurant Freigabe Kostenberechnung zur Projektgenehmigung

Der BPU nimmt den Sachvortrag zur Kenntnis

TOP 2: Kostenschätzung zur Freigabe Sanierung Kinderkrippe Nachbarskinder

Herr Sturm (Liegenschaften) erläutert aus der Sitzungsvorlage noch einmal beide Planungsvarianten. Es spricht mehr für die Variante 2 mit einer thermischen Fußbodenheizung. Diese ist zwar rund 65.000 Euro teurer, aber durchaus sinnvoll, da sich die Kinder größtenteils am Boden aufhalten und mit der FBHZ auch das Gebäude insgesamt trockener gehalten werden kann. Etwaige Wasserschäden bzw. Schimmelbefall können besser vermieden werden. Herr Mica vom Planungsbüro ist auch anwesend. Herr Adolf will die Wandheizung nicht elektrisch betreiben. Herr Mica erläutert, dass es sich hierbei nur um sehr begrenzte, kleine Bereiche handelt. Außerdem ist die elektrische Heizung platzsparender. Er will aber das Thema noch einmal prüfen. Herr Euringer spricht sich für eine rasche Ausführung aus.

Der Beschlussvolage, die Verwaltung mit der Ausschreibung der einzelnen Gewerke zu beauftragen, wird einstimmig zugestimmt. (Ausführung mit Variante 2).

TOP 3: Vergabe der Unterhaltsleistungen Straßenbeleuchtung

Die Stadt will die Konzession 3 Jahre weiterlaufen lassen. Herr Adolf hält das für einen falschen Ansatz. Man solle konsequent bleiben und nicht weiter mit den Bayernwerken zusammenarbeiten. Der Bürgermeister will Garching nicht im Dunkeln stehen lassen. Herr Dombret fragt nach den Kosten. Herr Zettl versichert, dass keine extra Kosten für die Stadt entstehen.

Der BPU nimmt den Sachvortrag zur Kenntnis und beschließt die Unterhaltsleistungen der Straßenbeleuchtung für den Zeitraum 01.01.2019 bis 31.12.2021 an die Bayernwerke AG zu vergeben. Abstimmungsergebnis: 13 x Zustimmung – 2 Gegenstimmen der Grünen (Herr Adolf, Herr Landmann).

TOP 4: Bushaltestellen Telschowstraße bei Bürgerhaus; Vorstellung der Planung für barrierefreien Ausbau

In Zusammenhang mit der Bürgerhaussanierung mit Gaststätte sollen u.a. auch 2019 die Außenanlagen im engeren Umfeld des Bürgerhauses optimiert werden. Die derzeitige Situation ist für Fahrgäste wenig attraktiv.

Der Bürgermeister will 2 Wartehäuschen gegenüber aufstellen lassen. Ein Buswartehäuschen wäre dabei aber auf dem Grund der evangelischen Kirche, der Kirchenvorstand will bei seiner nächsten Sitzung darüber beraten. Herr Zettl erläutert den bisherigen Plan noch einmal. Variante 1 könnte Schäden an den Baumwurzeln entstehen lassen. Variante 2 (weiter nördlich) wäre erheblich günstiger und technisch auch möglich.

Herr Adolf will wissen, ob bei Variante 2 auch ein problemloser Lieferverkehr möglich ist. Herr Zettl sagt dies wurde bereits positiv geprüft. Herr Euringer will auch Variante 2. Herr Furchtsam begrüßt die Maßnahme.

Der BPU nimmt den Sachvortrag zur Kenntnis und beschließt die Verwaltung mit der Umsetzung der Variante 2 zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

TOP 5: Antrag der Green City Energy auf Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans zur Errichtung einer Photovoltaikanlage

Die Stadtverwaltung ist in diesem Fall auf Green City zugegangen. Es sollen verschiedene Vorteile genutzt werden, so soll auch vorhandener, leicht belasteter Aushub aus der Kommunikationszone eingebracht werden. Das spart erheblich Kosten für eine etwaige Entsorgung. Herr Landmann begrüßt grundsätzlich die Maßnahme. Herr Baierl gibt zu bedenken, dass das Grundstück evtl. noch für den Fahrradschnellweg gebraucht wird. Man würde es jetzt für 20+5+5 Jahre aus der Hand geben. Herr Baierl empfiehlt sich eine Änderungsoption im Vertrag offenzuhalten. Herr Zettl will das im weiteren Verfahren berücksichtigen und im Bauleitplan aufnehmen. Herr Biersack ist grundsätzlich dagegen Flächen für Photovoltaikanlagen einer landwirtschaftlichen Nutzung zu entziehen. Herr Braun erinnert daran, dass ein Rückbau in diesem Fall leicht möglich ist und die Fläche daher nicht dauerhaft verloren ist. Herr Kick will sich nichts verbauen. Es wird nachgefragt ob denn eventuell kein anderes Grundstück der Stadt für die Verwendung des Aushubes in Frage käme. Herr Zettl hat auch das geprüft und hält kein anderes Grundstück für geeignet.

Der Beschlussantrag wird wie im TOP 5 ausgeführt gegen eine Stimme (Biersack) angenommen

TOP 6: Bebauungsplan Nr. 152 "Nördlich Schleißheimer Kanal"; Flächenentwicklung Fl. Nrn. 1174 und 1175; Empfehlungsbeschluss

Die Stadt will eine Aufwertung des Geländes, außerdem soll zusätzlicher Verkehr vermieden werden.

Der Beschlussvorlage, dem Stadtrat zu empfehlen an der bisherigen Beschlusslage festzuhalten, wird einstimmig zugestimmt.

TOP 7: Neubau eines Halbleiterlabors im Isarauenweg, Fl.Nr. 1963, Gem. Garching

Herr Meinhardt gibt Erläuterungen zur Sitzungsvorlage und erklärt den Plan. Die Parkplatzsituation wird optimiert, die Abweichung bei den Abstandsflächen ist nur gering. Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Der Beschlussvorlage, das gemeindliche Einvernehmen zum Neubau eines Halbleiterlabors zu erteilen, wird einstimmig zugestimmt.

TOP 8: Erweiterung eines Parkplatzes in der Schleißheimer Str. 101, Fl.Nr. 1255, Gem. Garching

Herr Meinhardt stellt den Plan noch einmal vor. Es sollen an der Nordgrenze des VOITH-Grundstückes 39 KFZ-Stellplätze entfallen. Gleichzeitig sollen an anderer Stelle auf dem Firmengelände 95 neue Stellplätze entstehen. Auch einige Bäume müssen gefällt werden, allerdings sollen laut Satzung dann 21 zusätzliche Bäume gepflanzt werden. Aus Sicht der Verwaltung kann dem Vorhaben zugestimmt werden. Herr Naisar regt an man solle in Zusammenhang mit der Maßnahme gleich eine Verbesserung der LKW-Zufahrtssituation anstreben. Hier gibt es offenbar größere Probleme wie auch Herr Furchtsam bestätigt. Die Stadtverwaltung will den Bauwerber noch einmal darauf aufmerksam machen und gemeinsam eine Lösung erarbeiten. Herr Adolf wünscht sich, dass mehr

Mitarbeiter mit dem Fahrrad kommen. Es sollen keine neuen Parkplätze geschaffen werden. Das erhöhe nur die Attraktivität für die Autofahrer.

Der Beschlussvorlage, das gemeindliche Einvernehmen zur Erweiterung des Parkplatzes incl. Pflanzung 21 weiterer Bäume, wird gegen die beiden Stimmen der Grünen zugestimmt.

TOP 9: *Nutzungsänderung eines Kellergeschosses in der Telschowstr. 26, Fl.Nr. 141/5, Gem. Garching*

Herr Meinhardt gibt Erläuterungen. Herr Grünwald ist nicht persönlich betroffen und bleibt im Saal. Der Plan wurde mit dem LRA diskutiert. Grundsätzlich kann man bauplanungsrechtlich diesen nicht automatisch ablehnen, allerdings sind die Kellerschächte als Fluchtwege nicht geeignet und aus brandschutztechnischer Sicht nicht ausreichend. Daher ist das Vorhaben bauordnungsrechtlich bedenklich. Laut Herrn Grünwald soll hier Gewinnmaximierung um jeden Preis betrieben werden. Die Nachbarn haben sich offenbar insgesamt negativ zu dem Vorhaben geäußert. Auch Herr Grünwald äußert Bedenken bezüglich der Einhaltung der Stellplatzsatzung. Herr Dr. Adolf hält das Vorhaben für ganz und gar nicht in Ordnung. Herr Euringer hält Wohnraum in Kellergeschossen grundsätzlich für nicht zulässig.

Beschluss: Das gemeindliche Einvernehmen wird nicht erteilt. Einstimmiger Beschluss.

TOP 10: *Nutzungsänderung eines bestehenden Wohngebäudes und Neubau eines Erweiterungsgebäudes in der Telschowstraße 26a, Fl.Nr. 141, Gem. Garching*

Herr Meinhardt erläutert, dass auch hier Kellergeschossräume als Wohnräume vorgesehen sind. Dies bemängelt wieder das LRA. Laut Verwaltung ist bei diesem Vorhaben keine ordentliche Wohnsituation erreichbar. Fahrradstellplätze sind nicht nachgewiesen. Auch die Autostellplätze sind nicht geeignet angeordnet und werden laut Herrn Zettl nicht funktionieren. Insgesamt ist der Fall hier ähnlich wie im TOP 9 zu beurteilen.

Beschluss: Das gemeindliche Einvernehmen wird nicht erteilt. Einstimmiger Beschluss.

TOP 11: *Vollzug der Wassergesetze und des Bayer. Verwaltungsverfahrensgesetzes; Antrag der TUM auf Erteilung einer gehobenen Erlaubnis gemäß § 15 WHG zur Gewässerbenutzung (Einleitung in die Isar) für die nukleartechnischen Forschungseinrichtungen FRM II und RCM in Garching*

Es liegt eine umfangreiche Sitzungsvorlage des Umweltreferenten Herrn Marquart vor. Dieser ist auch anwesend. Der Bürgermeister spricht einleitende Worte und begrüßt die Gäste vom FRM II – den technischen Direktor Dr. Anton Kastenmüller sowie Herrn Riek und Herrn Dr. Christoph Lierse. Zu dem TOP gab es bereits verschiedene Gesprächstermine der TUM mit der Stadt.

Herr Dr. Kastenmüller erläutert warum jetzt gleich eine Verlängerung um 30 Jahre (bisher nur 20 Jahre) beantragt wurde. Dies sei grundsätzlich gesetzlich möglich. Herr Marquart hält noch einmal einen kurzen Sachvortrag zur Sitzungsvorlage und stellt zusammenfassende Fragen von Seiten der Stadt an die Experten. Vergleichszahlen werden genannt. So bekomme ein Patient bei einer gewöhnlichen Computertomographie eine Strahlenbelastung von durchschnittlich 1 bis 3 Milli-Sievert (mSv) ab. Eine Röntgenaufnahme belastet einen Patienten 0,1 bis 0,3 mSv. Die Auswirkungen von Radioaktivität auf den Menschen sind umstritten und hängen stark von der Dauer der individuellen Belastung ab. Von einer statistisch vorhandenen, aber kaum bezifferbaren Vergrößerung des Risikos für eine Krebserkrankung wird aber ausgegangen.

Der Mensch ist grundsätzlich auch in seiner Umwelt einer gewissen natürlichen Strahlung ausgesetzt. Diese natürliche Dosis beträgt zwischen 1-6 mSv pro Jahr.

In Garching machen Gutachter laufend Messungen und Bewertungen. Die 30 Grad bei den Messungen kommen zustande, da unmittelbar an der Ausgabestelle gemessen wird. Dort herrscht i.d.R. Zimmertemperatur, also höchstens rund 30 Grad. Klassische Flusskühlung (wie z.B. bei Kernkraftwerken üblich) wird gar nicht beantragt da in Garching gar nicht nötig. Die Menge ist auch viel zu gering. Pro Jahr fallen ca. 100 bis 200 Kubikmeter Wasser an. Sonstige Abwässer gehen größtenteils ohnehin direkt in die normale Kläranlage da unbedenklich.

Eine etwaige dauerhafte Lagerung des schwach radioaktiven Abwassers – wie von den Grünen beantragt – wird von den Experten als wenig sinnvoll abgelehnt. Die radioaktive Belastung des

Wassers ist viel geringer als z.B. im Vergleich zu handelsüblichem Pflanzendünger, der in jedem Baumarkt gekauft werden kann, oder auch in der Landwirtschaft überall eingesetzt wird. Herr Baierl hat keine Bedenken der Sitzungsvorlage zuzustimmen. Herr Kraft ist sich nicht sicher ob der Stadtrat überhaupt in dieser Sache zuständig sei. Er sieht sich nicht in der Lage das Thema ausreichend beurteilen zu können und will daher nicht zustimmen. Herr Marquart weist darauf hin dass es noch einen separaten Erörterungstermin mit Anhörung diverser Fachleute und Experten gibt. Herr Adolf hält den ganzen Vortrag der Gäste für eine perfekte Werbeverkaufsveranstaltung der TU. Die Stellungnahme und den heutigen Beschluss des Bauausschusses hält er auch gar nicht für wichtig und entscheidend. Er räumt aber eine gewisse Signalwirkung für nachgelagerte Entscheidungsträger ein. Insgesamt will er aber nicht die berühmte Katze im Sack kaufen und den – seiner Meinung nach „illegalen“ - Betrieb des FRM II nachträglich genehmigen. Die Fraktion der Grünen wird daher nicht zustimmen. Herr Braun will seine Verantwortung wahrnehmen, sachlich diskutieren und sich informieren. So will er von den TUM-Experten wissen wie die letzten 20 Jahre gelaufen sind z.B. ob die Grenzwerte stets eingehalten wurden. Dies wird von den Experten versichert. Es wurde laufend gemessen und auch von externen Gutachtern dokumentiert. Herr Biersack ist der Meinung, dass wir als ehrenamtliche Stadträte die Wirkung nicht ausreichend beurteilen können. Dies sei aber auch gar nicht notwendig, denn man könne sich hier auf die Beurteilung der diversen Experten und Stellen verlassen. Er persönlich sieht das Thema gelassen und rate allen Stadträten selbst zu entscheiden, ob man mit der Einleitung leben könne oder nicht. Herr Dombret lobt die TU und die ganze Anlage mit der anerkannte Spitzenforschung betrieben wird. Außerdem will er wissen warum das Brauch-/Spülwasser reduziert werden soll. Ferner möchte er in diesem Fall nur über 20 Jahre (statt der 30 Jahre wie in der Sitzungsvorlage aufgeführt ist) entscheiden. Herr Kraft will wissen wie die Stellungnahme der Verwaltung vor 20 Jahren aussah und wie der Stadtrat damals entschieden hat. Herr Landmann stellt die Frage warum Proben und Analysen von der TU selbst gemacht werden und nicht z.B. von einem externen, unabhängigen Institut. Herr Dr. Kastenmüller versichert, dass immer schon diverse Analysen und Überwachungen auch von Dritter Stelle gemacht wurden.

Der Beschlussantrag, dem Vorhaben der TUM auf Erteilung einer gehobenen zur Gewässernutzung (Einleitung in die Isar) für die nukleartechnischen Forschungseinrichtungen FRM II und RCM grundsätzlich zuzustimmen sowie das bauplanrechtliche Einvernehmen zu erteilen, wird gegen 3 Stimmen (Adolf, Landmann, Kraft) angenommen. Die Reduzierung auf 20 Jahre (statt der 30 Jahre) soll berücksichtigt werden.

TOP 12: Mitteilungen aus der Verwaltung

Keine.

TOP 13: Sonstiges; Anträge und Anfragen

Herr Braun findet nach eigenen Angaben aktuell das Stadtrats W-LAN nicht mehr. Die weitere Verfügbarkeit des Netzwerkes wird geprüft.

Es gibt keinen nichtöffentlichen Teil.

Für das Protokoll: Jochen Karl